Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1925

7.10.1925 (No. 232)

Visual Library

№ 232 Mittwoch, den 7. Oktober 1925 168. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, — Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Wintervorschüsse für die badischen Ruhestandsbeamten und Beamtenhinterbliebenen

** Nach einer Anordnung des badischen Finanzministers können auch den zuruhegesetzten Beamten und Lehrern der badischen Staatsverwaltung und ihren Hinterbliebenen zur Beschaffung ihrer Wintervorräte an Heizstoffen und Nahrungsmitteln **unverzinsliche Vorschüsse auf die Dienstbezüge** gewährt werden. Die Vorschüsse dürfen bei Verheirateten mit Kindern ohne eigenes Einkommen den Betrag von 100 RM. und bei Verheirateten ohne Kinder und bei Verwitweten mit eigenem Hausstand den Betrag von 50 RM. nicht übersteigen. Die Vorschüsse werden in fünf monatlichen Teilbeträgen bei der Besoldungszahlung für die Monate Februar bis Juni nächsten Jahres abgezogen. Anträge auf Gewährung des Vorschusses sind alsbald bei der Landeshauptkasse schriftlich einzureichen.

Die Konferenz von Locarno

Der zweite Verhandlungstag

Am Dienstag vormittag berieten lediglich die Regierungsjuristen in Locarno. Nachmittags fand eine Besprechung der politischen Delegierten von ½5 Uhr bis 6¼ Uhr statt. Der größte Teil der Sitzung war mit Erörterungen darüber ausgefüllt, wie man den in einigen italienischen und belgischen Zeitungen veröffentlichten **Indiskretionen** vorbeugen könne, und die Teilnehmer haben sich am Ende der Aussprache noch einmal gegenseitig zu **strengstem Stillschweigen** über die Verhandlungen **verpflichtet**. Infolgedessen sagt auch der offizielle Bericht in trockenstem Amtsstil nur, daß mit der Erörterung derjenigen Fragen begonnen wurde, deren Prüfung in der ersten Sitzung noch zurückgestellt worden war. Eine allgemeine Debatte über diese Fragen, nämlich über die Frage der Garantie der **östlichen Schiedsgerichtsverträge** und über die **deutschen Vorbehalte** zu dem Artikel 16 des Völkerbundspaktes als Vorbedingung für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wurde lediglich nur begonnen und soll heute Mittwoch nachmittag 4 Uhr fortgesetzt werden.

Aus der Dienstag Nachmittagsitzung

Die Agence Havas meldet aus **Locarno**: Nach Ansicht der Alliierten kann der **Sicherheitspakt** unverzüglich ratifiziert werden. Er wird aber erst in Kraft treten, wenn **Deutschland Mitglied des Völkerbundes** sein wird. — In der Dienstag-Nachmittagssitzung der Konferenz legte, wie Havas meldet, **Briand** dar, Frankreich sei der Auffassung, daß der Pakt **kein Hindernis** dagegen sei, daß **Frankreich** auf die **Seite Polens und der Tschechoslowakei** treten würde, falls Deutschland **zur Gewalt** seine Zuflucht nehme, obwohl es mit diesen beiden Mächten Schiedsverträge abgeschlossen hätte, die von Frankreich garantiert werden müßten. Chamberlain, Vandervelde und Scialoja **stimmten** den Auslegungen Briands **zu**.

Der Sonderberichterstatter des Pariser „Matin" will erfahren haben, daß im Laufe der gestrigen Sitzung in Locarno bei Art. 5 des Paktentwurfes die Debatte über die **Garantiefrage** eröffnet wurde. Dieser Artikel besagt: „Wenn die Schiedsgerichtsverträge zwischen Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei verletzt würden und wenn der Verletzer zu den Waffen griffe, dann sei die Rheinlandzone nicht mehr sakrosankt und Frankreich habe das gleiche Recht zu handeln wie im Falle eines direkten Angriffs. — Außenminister **Stresemann** habe den Franzosen erklärt: „Die Tatsache des Bestehens Eurer Allianz mit Polen fälscht den Sinn des Art. 5 des Rheinlandpaktes. Ihr macht den Eindruck, als ob Ihr eine zweiseitige Verpflichtung übernehmet, die darin besteht, sowohl Deutschland wie Polen im Falle eines Angriffs beistehen zu wollen. Sagt das Euer Artikel? Sein Text ist nicht gegen Deutschland gerichtet. Doch wenn man ihn mit dem französisch-polnischen Allianzvertrag vergleicht, ist es klar, daß Ihr **niemals gegen Polen marschieren** werdet, selbst wenn es hundert mal unrecht hätte, selbst wenn es Deutschland angriffe. Wir kommen deshalb zu dem Schlusse, daß ein Schiedsgerichtsvertrag, bei dem von vornherein Eure **Parteilichkeit** in die Erscheinung tritt, zu unserem Schaden ist."

*

Italienische Blätter behaupten, daß außer § 16 des Völkerbundsstatuts eine **andere große Schwierigkeit** darin bestehe, daß die deutschen Konferenzkreise behauptet hätten, sie lehnten **es ab**, daß im Garantiepakt irgend ein Hinweis auf den **Versailler Vertrag** gemacht werde und daß der zukünftige Garantiepakt als Interpretation des Versailler Friedensvertrages gelten solle.

Tschitscherin beim Reichspräsidenten. Der Reichspräsident empfing am Dienstag in **Berlin** den russischen Volkskommissar des Auswärtigen Tschitscherin, der von dem Botschafter der Sowjetunion begleitet war.

Der Hessische Landtag nahm am Dienstag nach zweimonatiger Pause seine Verhandlungen wieder auf. Zur Beratung stand das Gesetz über die Änderung des Wahlverfahrens bei den Provinziallandtagswahlen.

* In Locarno

Die ersten Tage der Konferenz in Locarno sind nicht ungünstig verlaufen, sodaß man ihr wohl eine gute Prognose stellen kann. Wenigstens gilt das für den Sicherheitspakt und für alle die Bestrebungen, die ein friedliches Näheraneinanderrücken Deutschlands und Frankreichs schlechthin zum Ziele haben. Wie es heißt, ist über den Sicherheitspakt nach den glücklichen Vorarbeiten der Juristen nunmehr auch politisch eine Einigung zu erwarten.

Die Schwierigkeiten liegen auf **anderen** Gebieten. Nämlich auf allen den Gebieten, die mittelbar den Sicherheitspakt **berühren**. Es sind eine Reihe von Wünschen, die sich hier gegenüberstehen. Deutschland wünscht, daß die Räumung der Kölner Zone alsbald erfolgt, daß eine Abschwächung des Besatzungsregimes am Rhein eintritt, daß der bekannte **Paragraph 16** der Völkerbundssatzungen in einem für Deutschland erträglichen Sinne interpretiert wird. Was aber die **Ostfragen** anlangt, so will sich Deutschland der Freiheiten, die ihm der Friedensvertrag einräumt, nicht berauben lassen; es will auf friedlichem Wege demnächst eine **Revision** der territorialen Bestimmungen im Osten herbeiführen. Und schließlich hat Deutschland schwere Bedenken dagegen, daß, wenn Schiedsverträge zwischen ihm und Polen bezw. der Tschechoslowakei abgeschlossen werden, **Frankreich als Garant** dieser Verträge anerkannt wird, weil ein solches Anerkenntnis unter Umständen ein Durchmarschrecht durch Deutschland bedingen kann. Das sind im wesentlichen die deutschen Wünsche. Von ihnen wird der erste (Räumung der Kölner Zone) sich am leichtesten verwirklichen lassen, da nach den letzten Meldungen eine Einigung zwischen der interalliierten Militärkommission und Deutschland schon für die nächste Zeit zu erhoffen ist.

Die **französischen Wünsche** beziehen sich neuerdings vor allem auf die **Schiedsverträge** im Osten. Offenbar hat doch das Techtelmechtel **Polens mit Sowjetrußland** in Paris einigen Eindruck gemacht. Und man wird sich dort wohl sagen, daß man diesem Techtelmechtel damit am besten begegnet, daß man Deutschland zu Schiedsverträgen bringt, welche die **Grenzen Polens** so, wie sie jetzt sind, **ein für allemal anerkennen**. Von französischer Seite sind bereits einige Versuchsballons in Form von Zeitungsartikeln in die Luft geschickt worden. In diesen Artikeln wird davon gesprochen, daß Frankreich in der Frage der Besatzung und auch in der Frage der Abstimmung im **Saargebiet** großes Entgegenkommen beweisen würde, wenn Deutschland die jetzigen Westgrenzen Polens anerkennt. Man sieht sofort, daß hier außerordentliche Schwierigkeiten zu überwinden sein werden. Vor allem ist es die **deutsche Delegation, die vor entscheidende Fragen gestellt werden wird.**

Ob es Frankreich gelingen wird, auf der Konferenz Westpakt und Ostpakt miteinander so zu verknüpfen, daß der eine Pakt vom anderen abhängig gemacht wird, das ist jedoch wohl zu bezweifeln. Allerdings würde Frankreich, wenn **nur** ein Westpakt zustandekommt, riskieren müssen, daß Polen sich noch enger in die Arme Sowjetrußlands schmiegt. Da der französische Charakter außerordentlich zur Eifersucht neigt, könnte diese Eskapade Polens, die ja faktisch nur ein schlaues Manöver ist, doch die Stimmung der Pariser Staatsmänner beeinflussen. Und Tschitscherin, der wie eine Spinne auf der Lauer sitzt, wird sicherlich alles tun, um die Fäden zu verwirren.

Bei einigem kaltem Blut brauchten allerdings diese polnisch-russischen Tricks nicht gar zu ernst genommen zu werden. Wir haben neulich schon betont, daß Polen sich wohl hüten wird, es **wirklich** mit Frankreich und England zu verderben. Und das gleiche gilt für die Tschechoslowakei. Rußland mag heute bereits als Bundesgenosse **einen gewissen** Wert haben. Aber dieser Wert ist nicht vergleichbar mit dem Wert der Freundschaft Frankreichs und der Geneigtheit Englands. **Bleibt Briand Polen gegenüber fest, so wird der Westpakt bestimmt zustandekommen**, und man wird alle anderen Fragen späteren Konferenzen überlassen. Daß im Zusammenhang mit dem Westpakt die Frage des Paragraphen 16 geregelt werden muß, versteht sich von selbst.

Hinrichtung verräterischer Rif-Leute. Nach einer Havasmeldung aus **Tanger** soll **Abd-el-Krim** seinen Außenminister Si Mohamed **Sefiane**, den er beschuldigt, die Sache der Rif-Leute verraten zu haben, vor eine Kanone haben binden und erschießen lassen. Ebenso sollen auch mehrere hervorragende Persönlichkeiten der Bacojas und der Beni Uriagels hingerichtet worden sein. Man erklärt, daß 3000 Rif-Leute nach Wessan marschiert seien. Abd-el-Krim befinde sich z. Zt. in Targist.

Politische Neuigkeiten

Die Tagung des Zentrumsparteivorstandes

Der Vorstand der Deutschen Zentrumspartei, der, wie gemeldet, sich unter dem Vorsitz des Reichskanzlers a. D. Dr. **Marx** in Paderborn versammelt hatte, beschloß — laut „Germania" — den **Reichsparteitag** des Zentrums zum 16. und 17. November nach Kassel einzuberufen. Am 15. November wird der Reichsparteiausschuß zusammentreten. Als Tagesordnung des Reichsparteitages wurde vorläufig festgesetzt:

1. Das Wesen und die Aufgaben der deutschen Zentrumspartei in der deutschen Politik. Referent: Reichskanzler a. D. Dr. Marx;
2. Bericht der Reichstagsfraktion. Referent: Reichskanzler a. D. Fehrenbach.

Der Vorstand der Deutschen Zentrumspartei nahm dann nach eine **Entschließung** an, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Konferenz in Locarno zu einer Vereinbarung führt, die in jeder Beziehung die Ehre Deutschlands wahrt und einen weiteren Schritt auf dem Wege der endgiltigen Befriedung Europas bedeute. Als selbstverständliche Folgen eines Sicherheitsabkommens werden insbesondere die unverzügliche Räumung der Kölner Zone, die Festsetzung eines einheitlichen, **wesentlich verkürzten Termins für die Räumung** der übrigen besetzten Gebiete, sowie eine dem Geiste des Abkommens entsprechende gerechte und billige Handhabung des Besatzungsregimes betrachtet.

Lohnforderung der Bergarbeiterverbände. Wie die „Rhein.-Westf. Ztg." berichtet, haben die am Bergbautarif beteiligten Arbeiterverbände beschlossen, beim Zechenverband die Wiederinkraftsetzung der bis zum 30. August ds. Js. geltenden Lohnordnung zu beantragen mit der Maßgabe, daß die darin vermerkten Löhne ab 15. Oktober um 15 Proz. erhöht werden.

Freier Spirituosenverkauf in Rußland. Seit dem 5. Oktober werden in Rußland wieder Spirituosen in Friedenszeit-Stärke frei verkauft, darunter 40prozentiger Wodka und 60 prozentiger Cognac und Liköre. Diese Maßnahme wurde getroffen zur Bekämpfung des Spirituosenschmuggels und der verbotenen geheimen Herstellung von Alkohol durch die Bauern.

Aufstand in Chile. Nach einer Meldung aus Santiago de Chile haben auf Grund eines Aufstandsversuches zweier Regimenter der Vizepräsident und der Marineminister den Präsidenten Alessandri aufgesucht und es ihm als ratsam hingestellt, eine Reise ins Ausland zu machen. Der Präsident habe sich jedoch geweigert. Der Sohn des früheren Präsidenten protestierte gegen die polizeiliche Überwachung der Familie Alessandri. Die Offiziere, die den Aufstand der beiden Regimenter durchzuführen versuchten, werden vor Gericht gestellt werden.

Badischer Teil

Preissenkungsmassnahmen

Dem Herrn Landtagsabgeordneten **Heurich** wurde auf seine Kurze Anfrage vom 6. 10. 1925 wegen der **Preissenkungsmaßnahmen** der Reichs- und Landesregierung folgende **schriftliche Antwort** gegeben:

„Nach dem Ergebnis der Ministerkonferenz vom 25. 9. 1925 sollen in die Preissenkungsaktion der Regierung folgende Aufgaben einbezogen werden: Herabsetzung des Zinssatzes für öffentliche Gelder, Abstandnahme von dem Bestreben auf möglichst baldigen Aufbau des Friedensvermögens bei öffentlichen Vermögensverwaltungen, Zulassung der freien Konkurrenz bei der Vergebung öffentlicher Aufträge, Nachprüfung der Festsetzung der Gebühren für die Tätigkeit öffentlicher Behörden, Herabsetzung der Gebühren für Gas, Wasser und Elektrizität, Bekämpfung der Auswüchse im Kartellwesen und bei den Innungen, Überwachung der Lebensmittelpreise, insbesondere für Brot, Fleisch, Obst, Gemüse und Milch. Die hierüber angekündigten unmittelbaren Anweisungen der zuständigen Reichsministerien sind bis jetzt nur hinsichtlich der Frage der Zinsverbilligung öffentlicher Gelder eingekommen. Eine Einladung zu einer am 9. ds. Mts. beim Reichswirtschaftsministerium in Berlin wegen des Preisabbaus stattfindenden Besprechung ist unterm 7. d. Mts. eingegangen.

Von Landes wegen wurde die Wucherabteilung des Landespolizeiamts mit der Bekämpfung des Leistungswuchers im Gewerbe und Handel betraut und beauftragt, die Preisberechnungen nachzuprüfen. Hinsichtlich der Zwangsinnungen wird geprüft, ob ihnen nicht die Festsetzung von Preisen ausdrücklich verboten werden soll. Den Städten sind wegen des Verkaufs von zollfreiem Gefrierfleisch Richtlinien mitgeteilt worden. Im Detailhandel wird nachgeforscht werden, für welche Waren von Kartellen oder Preisverbänden für den Weiterverkauf feste Preise vorgeschrieben sind. Für diejenigen Kartelle, deren Tätigkeitsgebiet nicht über das Land hinaus geht, wird die gleiche Nachprüfung erfolgen, wie hinsichtlich der über das Reich sich erstreckenden Kartelle seitens der Reichsregierung."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Badischer Landtag

DZ. **Karlsruhe**, 6. Okt. 1925.

Zur heutigen letzten Sitzung vor den Wahlen sind die Abgeordneten fast vollzählig erschienen. Nach Bekanntgabe der Eingänge berichtet Abg. **Seubert** (Zentr.) über

die Rechnungsnachweisungen für die Rechnungsjahre 1921/22

und über die vergleichende Darstellung der Voranschlagssätze und Rechnungsergebnisse für die Goldmarkzeit des Rechnungsjahres 1923. Das Haus erhebt keine Beanstandung und erteilt die nachträgliche Genehmigung der Überschreitungen.

Auf Antrag des Berichterstatters Abg. **Seubert** nimmt das Haus sodann einen Antrag Dr. Mattes in folgender Fassung an:

Die Regierung wird ersucht, dem Landtag eine vergleichende **Darstellung der Staatseinnahmen und -ausgaben** nach den Rechnungsergebnissen der Rechnungsjahre 1913 und 1925, sowie eine Darstellung des Aufkommens an Reichs- und Gemeindesteuern in den Jahren 1913 und 1925 vorzulegen.

Die **Denkschrift** der badischen Forstverwaltung über die **Holzpreise** wird ohne Debatte zur **Kenntnis genommen.**

Auf der Tagesordnung steht ferner die **Denkschrift** des Finanzministeriums über

die Einrichtung eigener Bezirksstellen für die Verwaltung der badischen Finanzangelegenheiten.

Nach entsprechenden Erläuterungen des Berichterstatters Abg. **Seubert** wendet sich

Abg. **Duffner** (Zentr.) gegen das rücksichtslose Vorgehen der Reichsfinanzverwaltung, die dazu überging, auf 1. Oktober 500 von 1100 **Steuereinnehmereien** im Lande aufzuheben.

Abg. **Klaiber** (Landbund) schließt sich ihm an.

Finanzminister Dr. **Köhler**

weist darauf hin, daß man seit Jahren einen harten Kampf mit dem Reichsfinanzministerium um die Erhaltung der Steuereinnehmereien führe. Der Reichsfinanzminister, der anfänglich der Auffassung war, daß — wie es im übrigen Reiche geschehen — auch in Baden alle Steuereinnehmereien ohne Ersatz aufzuheben seien, sei in keiner Weise gehalten, auf unsere Wünsche einzugehen. Es bedurfte der eindringlichsten Vorstellungen, um wenigstens etwas zu erreichen und so brachten wir es nach einer Besichtigungsreise durch Beamte des Reichsfinanzministeriums im Wege zähester Verhandlungen fertig, daß **600 Steuereinnehmereien** im Lande erhalten bleiben. Wir müssen uns damit zufrieden geben, nachdem wir in die Steuerverwaltung gar nichts hineinzusagen haben. Das war noch etwas anders zur Zeit der Personalunion zwischen Landesfinanzamt und bad. Finanzministerium, die manchen Leuten so schwer auf dem Magen lag und nicht schnell genug beseitigt werden konnte.

Die genannte **Denkschrift** wird darauf zur Kenntnis genommen und bezüglich der einschlägigen Gesuche der Bürgermeistervereinigungen der Bezirke Bühl, Lahr und Überlingen, Überweisung zur Kenntnisnahme beschlossen.

Anträge:

Abg. **Seubert** erstattet anschließend Bericht über die Anträge und Gesuche zu dem bereits genehmigten II. Nachtrag zum Voranschlag des Finanzministeriums.

Angenommen werden der Antrag **Wittemann** (Zentr.), eine Darstellung der **Liquidation des Hagenschießunternehmens** vorzulegen, und der Antrag **Duffner** (Zentr.) betr. **Steuerveranlagung** und Stundung der **Schwerkriegsbeschädigten.** Eine große Zahl von Anträgen und Eingaben haben ihre Erledigung gefunden durch die inzwischen getroffenen reichs- und landesgesetzlichen Maßnahmen.

Abg. **Rückert** (Soz.) berichtet über den Antrag Hofheinz (Dem.) und Gen. betr. Umwandlung nicht planmäßiger Lehrerstellen in planmäßige, der durch die Annahme des II. Nachtrags zum Staatsvoranschlag gleichfalls für erledigt erklärt wird.

Abg. Dr. **Föhr** (Zentr.) erstattet Bericht über die von allen Parteien des Hauses unterzeichneten Initiativanträge der Abg. **Freudenberg** (Dem.) und **Marum** (Soz.), wonach die Frist zur Erlöschung der

Bürgschaften des Landes Baden

für Darlehen an das badische Handwerk, an die Einkaufsgenossenschaften des Handels und an die Konsumvereine, sowie an landwirtschaftliche Organisationen, die in den betr. Gesetzen auf den 1. Dezember 1925 festgelegt ist, zum 1. April 1926 zu **verlängern.** Begründet wird dieses Verlangen mit den wirtschaftlichen Verhältnissen, die eine Einzahlung der Kredite bis zum erstgenannten Termin ausschließe. Die Regierung hat im Ausschuß ihr Einverständnis erklärt.

In der Aussprache hält Abg. **Sack** (Zentr.) auch den Termin vom 1. April im Hinblick auf die prekäre Lage der Landwirtschaft für zu früh.

Beide Gesetzentwürfe finden darauf in 1. und 2. Lesung **einstimmige Annahme.**

Das Haus hat sich schließlich mit einem Antrage des Justizministers auf

Ermächtigung zur Strafverfolgung

des verantwortlichen Redakteurs **A. Henning-Flittard** der kommunistischen „Sozialistischen Republik" in Köln wegen Beleidigung des badischen Landtages durch die Presse zu befassen. Es handelt sich um einen Artikel, betitelt „Ein Schandstück des badischen Landtages".

Das Haus schließt sich dem Standpunkt des Geschäftsordnungsausschusses an, daß die Genehmigung zu **versagen** sei.

Herr Henning ist nach Mitteilung des Abg. **Wittemann** (Zentr.) wegen Einbruchsdiebstahl mit 9 Monaten Gefängnis vorbestraft und offenbar nur der Witzredakteur des Blattes. Ein solcher Mann erscheint nach Auffassung des Ausschusses nicht geeignet, die Ehre des badischen Landtages anzugreifen.

Es entspinnt sich dann

eine längere Geschäftsordnungsdebatte

über die etwaige Behandlung **weiterer Anträge** aus dem Hause.

Abg. Dr. **Schofer** (Zentr.) erklärt, daß seine Fraktion die Antragstellerei nicht mehr mitmache.

Abg. **Marum** (Soz.) meint, der sterbende Landtag sollte in Würde auseinandergehen. Im Vertrauensmännerausschuß sei man doch darüber einig gewesen, daß es diesem Landtag sachlich und technisch unmöglich sei, weiterzuarbeiten.

Im Verlaufe der Debatte wird auch bekannt, daß das Plenum **außerstande** ist, eine

Entscheidung über das Lehrerbildungsgesetz

herbeizuführen, da die Materie unvollständig im Haushaltsausschuß liegt und dieser keinen Antrag gestellt hat.

Weitere Anträge

Das Haus beschließt die Dringlichkeit einiger Anträge, worauf

Abg. **Fischer-Meißenheim** (Landbund) einen Antrag begründet, der Staat solle die **Bürgschaft** für einen **Kredit** von 5 Millionen Reichsmark für die **Ernte** 1925 an die **badischen Tabakbau-** und Verwertungsgenossenschaften übernehmen.

Wiederum gibt es eine Geschäftsordnungsdebatte mit dem Ergebnis, daß einstimmig ein Abänderungsantrag des Abg. Dr. **Schofer** (Zentr.) angenommen wird, zu prüfen, ob der verlangte Kredit gewährt werden kann.

Abg. **Hagin** (Landbund) begründet einen Antrag, die durch völlige

Mißernte befallenen Weingebiete

Badens als Notstandsgebiete zu erklären.

Finanzminister Dr. **Köhler** macht darauf aufmerksam, daß der Begriff „Notstandsgebiete" mit Einführung der neuen Steuergesetze verschwunden ist. Die Betroffenen müssen eben um Stundung einkommen bis die neue Veranlagung einsetzt, die der Notlage infolge des mangelnden Ertrages selbstverständlich Rechnung tragen muß. Wir können unsererseits das Landesfinanzamt nur bitten, eingehende Gesuche um Steuerstundung wohlwollend zu behandeln.

Es sprechen noch Ministerialrat **Rein,** sowie die Abgg. **Maier**-Heidelberg (Soz.), **Klaiber** (Landbund), **Sack** (Zentr.), Dr. **Schofer** (Zentr.) **Rösch** (Soz), **Schmidt**-Bretten (dntl.), Dr. **Wittemann** (Zentr.), hauptsächlich über die Verteilung der Winzerkredite.

Schließlich werden Abänderungsanträge angenommen und zwar ein solcher des Zentrums, Hilfsmaßnahmen für die von völliger Mißernte betroffenen Ackerbau- und Weinbaugebiete in Erwägung zu ziehen, und ein Antrag der Deutschnationalen auf Gewährung weitgehender Steuerstundung an notleidende Landwirte.

Abg. **Maier**-Heidelberg begründet einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der die Aufmerksamkeit auf die täglich wachsende

soziale Not

und die drohenden Arbeiterentlassungen lenkt und die Regierung bittet, rechtzeitig durch lindernde Maßnahmen einzugreifen.

Der Antrag wird nach kurzer Debatte einstimmig angenommen, desgleichen ein von Abg. **Bock** begründeter kommunistischer Antrag, der die Regierung ersucht, sich dafür einzusetzen, daß bei der vermehrten Zunahme der Kurzarbeit schnellstens die Kurzarbeiterzulage wieder ausgezahlt wird.

Es folgt die Bestellung

des landständischen Ausschusses,

der noch in diesen Tagen zusammentreten wird.

Präsident Dr. **Baumgartner** gibt dann eine statistische Übersicht über die Tätigkeit des zu Ende gehenden Landtages. Es war eine Fülle von Arbeitsstoff zu bewältigen. Jeder zeigte sich von dem besten Willen beseelt, seine ganze Kraft in den Dienst der engeren Heimat zu stellen, damit es dem Lande zum Segen und Heile gereiche.

Hierauf erhob sich

Staatspräsident Dr. Hellpach,

um zunächst für das Vertrauen zu danken, das man ihm persönlich durch die Wahl zum Minister des Kultus und Unterrichts und zum Staatspräsidenten bewiesen hat. Er sprach sodann dem Landtag den Dank der Staatsregierung aus für die unermüdliche und sachliche Zusammenarbeit mit den Organen der Regierung. Draußen höre man oft reden von der Abgelebtheit des Parlamentarismus. Aber neben diesen Scheltworten habe er noch nicht gefunden, wie man die Dinge besser machen soll. Er, Dr. Hellpach, sei auch nicht der Meinung, daß das Plenum seine Bedeutung verloren hat. Dr. Hellpach stellt mit Genugtuung fest, daß die schwere Zeit des inneren Wirren und der Abbaupflicht überwunden ist, verzeichnet aber andererseits die betrübende Tatsache, daß ein badischer Volksteil noch immer in der **Unfreiheit der Besatzung** lebt. Er knüpfe daran unter lebhaftem Beifall den herzlichen Wunsch, daß beim Abschluß der nächsten Landtagsperiode diese Zeit ihr Ende gefunden hat. Vom kommenden Wahlkampf erhofft der Staatspräsident, daß er bei aller sachlichen Schärfe im Sinne der guten badischen Tradition geführt wird, damit die Grundlagen für sachliche Arbeit erhalten bleiben und die Gemüter nicht vergiftet werden. (Allseitige Zustimmung).

Präsident Dr. Baumgartner

dankte namens des Landtages und des badischen Volkes den Mitgliedern der **Regierung** für ihre treue, gewissenhafte Arbeit in den verflossenen vier Jahren. (Bravo). Er gedenkt dann, während sich die Minister und Abgeordneten von den Sitzen erheben, der inzwischen verstorbenen früheren Mitgliedern des Landtages bezw. der I. und II. Kammer. Es sind dies: Praktischer Arzt Dr. **Bock,** Altmeister Hans **Thoma,** Geheimrat Dr. **Engler,** Geheimrat Dr. **Paasche,** Prinz **Alfred zu Löwenstein—Wertheim-Freudenberg,** Jakob **Geiger,** Geistl. Rat **Dieterle, Eichhorn,** Geheimrat Dr. **Bunte,** Jakob **Burkhardt** und Oberkirchenratspräsident Dr. **Uibel.**

Einer alten Übung folgend zollt darauf der Vorsitzende der zweitstärksten Fraktion, Abg. **Marum** (Soz.), im Namen aller Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, dem **Präsidenten** Dank und Anerkennung für seine umsichtige Geschäftsführung, die stets die Würde des Hauses zu wahren wußte. (Bravo).

Präsident Dr. **Baumgartner** schließt in diesen Dank seine Mitarbeiter im Präsidium, die Beamten des Büros, die Vorsitzenden der Ausschüsse und die Parlamentsberichterstatter ein. Mit dem Wunsche, daß der **Wahlkampf würdige Formen** bewahren und unsere badische Heimat wie auch das große deutsche Vaterland einer besseren Zukunft entgegengehen möge, **schließt** er gegen 8 Uhr die Sitzung und damit **diese Tagung.**

Die Mitglieder des landständischen Ausschusses

DZ. **Karlsruhe,** 6. Okt. Dem landständischen Ausschuß gehören an: Vom Zentrum die Abg. Dr. **Schofer, Seubert** und **Rüger,** dieser anstelle des zum Ministerialdirektor ernannten früheren Abg. Dr. Schmitt. Stellvertreter: **Wittemann,** Dr. **Föhr** und **Kühn.**) Von den Sozialdemokraten: **Marum** und **Maier**-Heidelberg. (Stellvertreter: **Rückert** und **Rausch.**) Vom Landbund: **Klaiber,** (Stellvertreter: **Hertle**). Von den Deutschnationalen: D. **Mayer,** (Stellvertreter: **Habermehl**). Von den Demokraten: Dr. **Glockner,** (Stellvertreter: **Schön**). Von der Volkspartei: **Weber,** (Stellvertreter: **Wilser**).

*

Statistisches aus dem Landtag. In dem soeben geschlossenen Tagungsabschnitt des badischen Landtages hat das Plenum 46 öffentliche Sitzungen abgehalten. Ausschußsitzungen waren es insgesamt 198, von denen 90 Sitzungen auf den Haushaltsausschuß entfallen, während der Rechtspflegeausschuß 84 Sitzungen abgehalten hat. An Regierungsvorlagen waren eingegangen 84. Ferner befanden sich unter den Eingängen eine Denkschrift aus dem Hause, 145 Anträge, 27 förmliche Anfragen und 32 kurze Anfragen. Unerledigt blieben 12 Regierungsvorlagen, die Denkschrift aus der Mitte des Hauses, fünf Anträge und drei kurze Anfragen. Die Zahl der eingelaufenen Gesuche beläuft sich auf 431. Davon wurden erledigt durch Überweisung zur Kenntnisnahme 135, durch empfehlende Überweisung 30, durch Übergang zur Tagesordnung 57, während 113 Gesuche als durch Regierungsmaßnahmen usw. erledigt erklärt wurden und zur Behandlung im Plenum für ungeeignet angesehen wurden.

Betriebstechnische Ausstellung im Bad. Landesgewerbeamt

Am 10. Oktober wird in Karlsruhe diese Ausstellung eröffnet, nachdem sie als Wanderausstellung auf ihrem bisherigen Wege schon die meisten wichtigsten Industriegegenden Deutschlands durchlaufen hat. Diese Ausstellung unterscheidet sich grundsätzlich von der großen Anzahl der diesjährigen Ausstellungen, da sie einen belehrenden Charakter hat, indem sie die **Fortschritte wirtschaftlicher Betriebsführung und neuzeitlicher Betriebstechnik** in Deutschland an äußerst interessanten Modellen und Darstellungen vor Augen führt. Mit Rücksicht auf die große praktische Bedeutung der modernen Betriebstechnik für unsere zukünftige Wirtschaft haben sich an der Ausstellung **alle führenden Firmen und auch Staatsbetriebe** beteiligt. Die Ausstellung wird ebenso lehrreich für den Fachmann — sei er Betriebsingenieur, Werkmeister oder Arbeiter — wie interessant für die Bevölkerung sein, und man muß es der Arbeitsgemeinschaft deutscher Betriebsingenieure, Ortsgruppe Karlsruhe, danken, daß sie es unternommen hat, diese Ausstellung auch in Karlsruhe vorzuführen.

Zu den Landtagswahlen

Die **Deutschnationale Volkspartei** und der **Bad. Landbund** stellen im Wahlkreis Mannheim folgende Kandidaten auf: 1. Richard **Perrey**-Mannheim, 2. Hermann **Leckert**-Ladenburg, 3. Max **Bassermann,** Geschäftsführer, Karlsruhe-Schwetzingen, 4. Hermann **Stachelhaus**-Mannheim, 6. Heinrich **Jünger**-Ketsch.

Aus der Landeshauptstadt

Der Wöschbacher Mord vor den Geschworenen

Heute Mittwoch vormittag begann vor dem Schwurgericht der Prozeß gegen den Fürsorgezögling Martin **Schneider** aus Wöschbach (Amt Durlach), geb. am 16. Januar 1903, der des **Mordes** an dem 55jährigen Waldhüter Gustav **Laible** aus Wöschbach angeklagt ist. — Der Andrang des Publikums war außerordentlich groß. 11 Zeugen und drei Sachverständige sind geladen.

Trotz seiner Jugend ist der **Angeklagte,** der elternlos ist, wiederholt wegen Diebstahls vorbestraft, auch mehrfach in Fürsorgeerziehung gewesen, aus der es ihm aber zu entkommen gelang. Im Mai dieses Jahres trieb er sich herum und verschaffte sich seinen Unterhalt durch Diebstähle. Zuweilen fristete er sein Leben durch Kirschen und Brot. Im Juni kam er nach Wöschbach zurück und nächtigte meist im Freien oder in Jagdhütten. So auch in der Nacht zum 24. Juni. Am Morgen des 24. Juni wurde er von dem Waldhüter Laible gestellt und dabei auch geschlagen. Es gelang ihm, dem Waldhüter zu entkommen, der ihn aber verfolgte. Auf der Flucht versteckte er sich in einem Gebüsch und gab **zwei Schüsse** aus dem Hinterhalt auf den vorbeikommenden Laible ab, von denen einer durch den Leib ging, während der andere den Arm traf. Laible konnte sich noch einige Meter fortschleppen. Auf sein Rufen eilten zwei auf dem Felde arbeitende Landwirte herbei, denen er noch sagen konnte, daß er vom „Schneiderle" zwei Schüsse erhalten habe. **Kurz** darauf **starb** der Waldhüter. — Der Angeklagte gibt zu, daß er den Waldhüter habe treffen wollen, um sich seiner Verfolgung, weiteren Schlägen und der Fürsorgeerziehung zu entziehen; er habe ihn aber nicht töten wollen.

Nach der Vernehmung des Angeklagten wurde mit der Vernehmung der Zeugen begonnen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, von 8 Uhr morgens. Unter dem Einfluß des hohen Druckes dauert gestern und heute die schöne milde Herbstwitterung mit Frühnebel in den Ebenen fort. Im Hochschwarzwald herrscht bei Alpensicht heute früh Temperaturumkehr (Sankt Blasien 4 Grad, Feldberggipfel 10 Grad). — Von dem über dem Botnischen Meerbusen liegenden Tief erstreckt sich heute früh ein Ausläufer bis über den Kanal, der aber bei uns höchstens zu geringer Trübung Veranlassung geben wird. **Voraussage für Donnerstag:** Frühnebel in den Ebenen, sonst heiter und mild, später geringe Trübung.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. **Mannheim,** 5. Okt. Wie verlautet, wird die **Firma Lanz** in den nächsten Tagen **größere Einschränkungen** oder Entlassungen vornehmen. Auf alle Fälle soll die Arbeitszeit um 25 Prozent oder die Zahl der Belegschaft entsprechend vermindert werden.

DZ. **Heidelberg,** 5. Okt. Dr. Jakob **Schurmann,** der früher zwei Semester in Heidelberg studiert hatte, hält sich zurzeit in Heidelberg auf.

DZ. **Ulm,** 6. Oktober. Vom **Schöffengericht** Ulm wurde nach 2tägiger Verhandlung der frühere **Direktor der Oberamtssparkasse Ehingen, Zeiler,** verurteilt. Der Staatsanwalt charakterisierte den Angeklagten als ehrgeizigen, leichtfertigen und pflichtvergessenen Beamten, der mit den Geldern der Oberamtssparkasse in unglaublicher Weise gewurstelt und gegenüber seinem Oberamtmann als Lügner dagestanden habe, der andererseits vielen kleinen Geschäftsleuten und Kleinbauern fast jeden Kredit verweigert und beantragte 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf 1 Jahr Gefängnis unter Abrechnung der einvierteljährigen Untersuchungshaft.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	5. Okt. Geld	5. Okt. Brief	6. Okt. Geld	6. Okt. Brief
Amsterdam 100 G.	168.59	169.43	168.59	169.01
Kopenhagen 100 Kr.	101.17	101.43	100.92	101.18
Italien . . 100 L.	16.83	16.87	16.87	16.91
London . 1 Pfd.	20.311	20.361	20.309	20.359
Newyork . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . 100 Fr.	19.40	19.44	19.37	19.43
Schweiz . 100 Fr.	80.84	81.04	80.89	81.09
Wien 100 Schilling	59.17	59.31	59.20	59.34
Prag . . 100 Kr.	12.422	12.462	12.422	12.462

Zuteilung überall 100 Prozent

Wijnand
Fockink
LIKÖRE
Weltberühmt seit 1679
AMSTERDAM KÖLN

Badische Lichtspiele
Konzerthaus
Skifahrt ins Glück
Felix, der Kater
Musikbegleitung: Polizeikapelle
Ab Mittwoch, den 7. bis Samstag, den 10. Oktober, täglich abends 8 Uhr
Mittwoch und Samstag **auch** 4 Uhr nachm.
Vorverkauf: Musikhaus **Müller,** Kaiserstr.
Preise: Mk. 0.80, 1.—, 1.30, 1.60, 1.80
Studierende und Schüler gegen Ausweis halbe Preise E.791

Harmonium
2 Reg. . Mark 238.—
9 Reg. . Mark 297.—
13 Reg. . Mark 411.—
Zahlungserleichterung
K Frankolieferung 948
LANG
Kaiserstr. 167 : Tel. 1073
Salamander-Schuhhaus

Detektiv-Institut u. Privat-Auskunfte
„Argus" **Mannheim** O. 6. 6. Planken B.47 Fernspr. 3305
A. Maler & Co., G.m.b.H

C. 6. **Bühl.** In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des Kaufmanns **Ludwig Großmann** von Stuttgart, zuletzt in Bühlertal, wurde Termin zur Beschlußfassung der Gläubigerversammlung über die Bestellung eines Gläubigerausschusses bestimmt auf: **Mittwoch, den 21. Oktober 1925, nachmittags ½4 Uhr.**
Bühl, 5. Oktober 1925.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

C. 7. **Villingen.** Über das Privatvermögen der Fabrikanten **Carl Philipp, Ludwig u. Albert Haas,** persönlich haftende Gesellschafter der offenen Handelsgesellschaft **Philipp Haas und Söhne** in St. Georgen i. Schw. wurde heute vormittag 11 Uhr die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses angeordnet, da begründete Aussicht besteht, daß in absehbarer Zeit die Zahlungsunfähigkeit behoben und der Konkurs durch ein Übereinkommen mit den Gläubigern der offenen Handelsgesellschaft, über welche seit 19. August ds. Js. die Geschäftsaufsicht vom Amtsgericht II hier angeordnet ist, abgewendet werden wird.
Als Aufsichtspersonen gemäß § 22 GAV. werden bestellt: Rechtsanwalt **Spitznagel** in Villingen, Kaufmann **Karl Geier** in Villingen, welche die Geschäftsaufsichtgemeinschaftlich zu führen haben.
Villingen, 2. Oktober 1925
Bad. Amtsgericht
Gerichtsschreiberei.

Badisches Landestheater
Donnerstag, den 8. Okt. 1925
* D 4.
Neu einstudiert und in neuer Inszenierung:
Manfred
Ein dramatisches Gedicht in 3 Akten von Lord Byron.
Musik von Robert Schumann.
In Szene gesetzt v. F. Baumbach.
Musikal. Leitung: F. Wagner
Personen:

Manfred	Dahlen
Gemsenjäger	Herz
Abt	von der Trenk
Manuel	Prüter
Hermann	Gemmecke
Königin der Alpen	Scheinpflug
Ahrimann	Brand
Astarte	Ermarth
Nemesis	Frauendorfer
I. Schicksalsschwester	Moeller
II. Schicksalsschwester	Albrecht
III. Schicksalsschwester	Clement
I. Geist	Dr. Storz
II. Geist	Weber
III. Geist	Nißl
Wassergeist	Blank
Luftgeist	Strack
Erdgeist	Dr. Wucherpfennig
Geister	Löser, Warth, Lander
Böser Dämon	Lieck

Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.
Sperrsitz I, 5,20 Mk.

Bezirkssparkasse Waldshut.

Bilanz am 31. Dezember 1924.

Vermögen:	RM	Pf	Verbindlichkeiten:	RM	Pf
1. Barbestand	4 863	22	1. Spareinlagen:	251 827	93
2. Guthaben bei Banken (Girozentralen) und auf Postscheckkonto	17 747	79	2. Giroeinlagen	304 817	—
3. Darlehen gegen I. Hypothek	106 172	65	3. Kontokorrenteinlagen	94 971	45
4. Darlehen an Gemeinden	35 387	70	4. Guthaben der Girozentralen	23 573	35
5. Darlehen auf Schuldscheine an Private	60 040	—	5. Ausgaberückstände	11 231	75
6. Kontokorrentforderungen	521 558	45	6. Aufwertungsfonds	133 866	15
7. Wechsel	93 600	41	7. Reservefonds	9 985	22
8. Grundstückskaufgelder	20 810	—	8. Reingewinn 1924	47 898	27
9. Einnahmerückstände	17 414	90			
10. Wertpapiere (darunter ℳ 4245000 Kriegsanleihe)	574	—			
11. Verwaltungsgebäude (Feuerversicherungsanschlag ℳ 72000)	1	—			
12. Inventar	1	—			
	878 171	12		878 171	12

Gewinn- und Verlustrechnung.

Verlust.	RM	Pf	Gewinn.	RM	Pf
1. Verwaltungskosten, sachliche	26 803	32	1. Zinsen	162 643	35
2. „ „ persönliche	28 335	97	2. Gebühren und sonstige Einnahmen	43 844	67
3. Auf Liegenschaften: Verwaltungsgebäude	30 970	58	3. Erlös aus verkauften Grundstücken	80 000	—
4. Zinsen und sonstige Ausgaben	72 177	87			
5. Abschreibungen an Wertpapieren	302	01			
6. Zuwendung an Aufwertungsfonds	80 000	—			
7. Reingewinn 1924	47 898	27			
	286 488	02		286 488	02

Waldshut, den 23. Juli 1925.
Der Verwaltungsrat:
Ebner.

Bezirkssparkasse Waldshut:
Romacker. Schmidt.

Nadellangholzverkauf.
Das **Forstamt Herrenwies** in Forbach (Baden) verkauft **freihändig** 2200 fm Nadellangholz aller Klassen, vorwiegend Starkholz. Angebote werden bis längstens **Dienstag, den 20. Oktober 1925** erbeten. Losverzeichnisse durch das Forstamt. C. 8

Güterrechtsregister.
Bretten. C. 10
Güterrechtsregistereintrag Band II Seite 38: **Hempel,** Kurt Erdmann, Chemiker in Bretten, und Anna Auguste Luise genannt Lotte geb. von Jan. Vertrag vom 3. August 1925. Gütertrennung.
Bretten, 1. Oktober 1925.
Amtsgericht.

Lahr. C. 11
Zum Güterrechtsregister Lahr Bd. III S. 31 ist eingetragen: **Hermann Schmidt,** Küfermeister in Lahr, und dessen Ehefrau Anna geb. Pfisterer.
Die Genannten haben durch Ehevertrag vom 4. September 1925 unter Aufhebung ihres bisherigen Güterstandes der Errungenschaftsgemeinschaft die Gütertrennung gemäß §§ 1426 ff BGB vereinbart. Das Vermögen der Ehegatten ist im Ehevertrag und der Beilagen des Güterrechtsreg. beschrieben.
Lahr, 9. September 1925.
Amtsgericht.

Vereinsregister.
Mannheim. B. 989
Zum Vereinsregister Band X O.-Z. 56 wurde heute der Verein „**Katholischer Mädchenschutzverein**" in Mannheim eingetragen.
Mannheim, 28. Sept. 25.
Amtsgericht.

Sinsheim. C. 13
Vereinsregister Band I OZ. 9: **Männerhilfsverein vom Roten Kreuz** zu Sinsheim mit dem Sitz zu Sinsheim. Nachdem die Liquidation beendigt ist, wird der Verein als rechtsfähiger Verein gelöscht.
Sinsheim, 29. Sept. 1925.
Amtsgericht.

Byrons „Manfred"

(Zur Aufführung am Donnerstag im Landestheater)

II.

Von Prof. Dr. Karl Holl

Manfreds Leiden entquillt dem Bewußtsein des Astarte zugefügten Unrechts und dem unerfüllbaren heißen Sehnen nach der Kraft des Vergessenkönnens Astarte, die er im Kreis der Geister durch das Machtwort Abrimans beschwört, ist diejenige, derenthalben Manfred das unnennbare und unstillbare Leid trägt. Wer ist Astarte?

Diese Frage ist nur vermutungsweise zu beantworten und doch kann ihre Beantwortung allein das Rätsel, das über Byrons Leben und Dichten hängt, lösen. Zweifellos ist sie ein Wesen, das er mit aller Glut seiner Leidenschaft liebte und das ihm entrissen wurde. Immer wieder kehrt dies Astartemotiv in seiner Dichtung wieder. Man hat an seine nur drei Jahre ältere Cousine Mary Chaworth gedacht, die der fünfzehnjährige Knabe Byron sehnsüchtig verehrte, bis er einst Zeuge ihrer Äußerung wurde, daß sie sich um den dummen Jungen nicht kümmere; Mary ging dann eine unglückliche Ehe ein, als Byron 16 Jahre alt war, trennte sich später von ihrem Gatten und starb schließlich viele Jahre nach Byron in geistiger Umnachtung. Es ist offenbar sinnlos, eine Sekundanerliebe zur Quelle all des bitteren Weltschmerzes zu machen, der Byrons Dichtwerk durchloht. Weiter dachte man an seine Halbschwester Augusta, der Tochter aus seines Vaters erster Ehe und damit würden gut zusammenpassen die immer wiederkehrenden Motive der Blutschande. Gerade der „Manfred" betont deutlich dieses Blutschandemotiv. Aus Manfreds Mund selbst hören wir:

„Blut ist's — mein Blut, der helle warme Strom
Aus meines Vaters Adern, aus den unsern,
Wir waren damals jung, — ein einzig Herz nur, —
Wir liebten uns, wie wir nicht lieben sollten,
Es ward vergossen: und jetzt steigt es auf,
Und färbt die Wolken, schließt mich aus vom Himmel,
Du bist nicht dort — ich werd' nie hingelangen!"
„Es traf mein Frevel, was mich liebte, was
Ich selbst am heißesten geliebt: nicht Feinde
Erschlug ich — außer in gerechter Notwehr,
Doch Tod war mein Umarmen —."
„Hätt' niemals ich gelebt: die, die ich liebte,
Sie wär' am Leben! hätt' ich nie geliebt,
Noch wäre meine Liebe hold und schön,
Glücklich und Glück gewährend! doch was ist —
Was ist sie jetzt? — Duldrin für meine Sünden —
Ich darfs nicht denken — oder ist nicht mehr."
„Zu heiß, ach!
War einst ja unsre Liebe — nicht geschaffen
Sind wir, uns so zu quälen, war es auch
Der Sünden größte, daß wir so uns liebten!"

Und Manfreds alter Diener Martin berichtet:

„mit ihm (Manfred) war
Die einzige Gefährtin seines Wanderns
Und Wachens, sie, die er allein vor allem,
Was auf der Erde lebt, zu lieben schien —
So wie die Blutsverwandtschaft schon ihn band —
Astarte, seine" —

da wird Martin unterbrochen. Alle diese Stellen, die nur dem „Manfred" entnommen sind und die noch stark aus anderen Werken Byrons vermehrt werden könnten, weisen deutlich genug auf das Blutschandemotiv von Manfred Byrons heißer, unvergeßlicher Liebe hin. Wir wissen, daß seine legitime Ehe schon nach einem Jahre auf Verlangen der Frau geschieden wurde und die Geschiedene soll selbst Bezichtigungen in dieser Richtung ausgesprochen haben, ja Augusta soll ihr sogar ein Geständnis ihrer unerlaubten Beziehungen zu ihrem Halbbruder gemacht haben. Auch noch in neuester Zeit hat ein Enkel der geschiedenen Lady Byron diese furchtbare Anklage gegen den Dichter erhoben und behauptet, die illegitime Tochter Medora des Dichters Byron, die Augusta angenommen hatte, sei die Frucht ihrer beiderseitigen Liebe. Doch wie will Byrons rasende Leidenschaft, die er zeitlebens in seinen Dichtungen zu dem Urbilde Astartes bekennt, mit der warmen brüderlichen Neigung zusammenstimmen, die er stets seiner Halbschwester öffentlich und in seinen Briefen und Tagebüchern bekundet, wie will zusammenstimmen, daß er untröstlich den Tod der Verlorenen beklagt und daß Augusta in langjähriger Ehe ihn selbst überlebt, wie will mit Augustas äußerlich und innerlich grundverschiedener Wesenheit zusammenstimmen die Beschreibung Manfreds:

„Gleich war sie mir an Zügen — ihre Augen,
Ihr Haar, die Bildung — selbst der Stimme Laut
War meiner gleich, es sagt' es jedermann,
Doch sanfter alles, in der Schönheit Maß."

Es scheint doch, daß Bleibtreu des Rätsels Lösung näher gekommen sei, wenn er daran erinnert, daß Byron von 1806 bis zu seiner großen Europatour 1809 stets begleitet gewesen sei von einer Geliebten in Männertracht, die er wegen ihrer allgemein auffallenden Ähnlichkeit mit sich selbst als seinen jüngeren Bruder ausgab. Byron nennt diese Jahre die romantischste Zeit seines Lebens. Freilich, wer diese Geliebte war, wie diese Ähnlichkeit zu erklären, wissen wir nicht. Das Leben von Byrons Vater war ja wild und abenteuerlich genug, daß das Vorhandensein illegitimer Nachkommen nicht verwunderlich wäre, und dann würde sich ja leicht Glied an Glied reihen, um das Rätsel zu lösen. Aber Beweise sind nicht beizubringen. Doch schließlich gehört Dichtung und mag sie auch noch so sehr persönlichste Erlebnisse gestalten, einer anderen Sphäre an, wie dem Gerichtssaal oder dem Forscherzimmer mit ihrer zwingenden Logik. Uns genügt, daß Byron tatsächlich in heißer Leidenschaft einem Wesen verbunden war, das auch in seiner Dichtung „Lara" als weiblicher Page den Helden begleitet, und daß seine Leidenschaft für die Geliebte den Untergang bedeutete zu seinem eigenen grenzenlosen Schmerze: „Ich liebt', ich tötet' sie.

Die Hand war's nicht: mein Herz zerbrach das ihre,
Hier schlang sich's fest und welkte. Ich vergoß
Blut, doch nicht ihr's, doch war's ihr Blut, das floß.
Ich sah es — konnt's nicht stillen."

Wir erkennen: auch in „Manfred" gestaltet Byron, wie in seinen anderen Dichtungen, sein eigenes Spiegelbild zum Helden, auch hier ist Byrons Heldentypus sein eigener Doppelgänger. Mag dessen dämonischer Individualismus aus der philosophischen und literarischen Tradition der Zeit stammen, Byron belebt ihn mit seinem eigenen Herzblut und verleiht ihm dadurch erst die künstlerisch überzeugende Form, die auch sein Übermenschentum und Satanismus als künstlerische Wahrheit nacherlebbar macht.

Aber gerade im „Manfred" wie im „Cain" (1821) und „Himmel und Erde" (1822) stößt Byron über den Boden realen Erlebens hinaus ins Reich des Metaphysischen und gestaltet seinen Helden zu einem echt fanatischen Titanen. Manfreds überragende Größe läßt ihn in trostloser Einsamkeit unter den Menschen leben, sein bitterer Seelenschmerz um die einzige verlorene Genossin seines Strebens, die Welt und was sie im Innersten zusammenhält, zu ergründen, wendet sich von der gleichgültigen Menschengesellschaft ab.

„Ein Fremdling stand er in des Lebens Fron,
Ein irrer Sendling höherer Region." (Lara.)

Aber seine Abkehr von der Menschengesellschaft bedeutet seine Hinkehr und Heimkehr zur Natur, deren erhabenste Form sich ihm als das Hochgebirge offenbarte. Hier im Hochgebirge sehen wir den stolzen Einsamen, der einzig in sich allein Schuld und Sühne trägt. Seine Schuld liegt vor dem Beginn des Dramas. Wir sind nur Zeuge seines Ringens um Vergessen, um Befreiung von der Last der eigenen Verschuldung. Wie Faust hat er alles Wissen der Erde sich angeeignet, wie Faust hat er Macht, die Geister zu beschwören, aber er ordnet sich ihnen nicht unter, er befiehlt ihnen und selbst mit dem höchsten aller Geister, mit Albriman, schließt er keinen Pakt. Was sollte ihm auch ein solcher Pakt frommen! Er sucht ja den Tod, sobald ihm dieser Befreiung von der eigenen Seelenpein bringt. Ihm ist der Tod keine Strafe. Aber bis zum Lebensende bewahrt er das Recht des eigenen Willens, das Recht der Selbstbestimmung. Jene Geisterszene, da wie in einem mittelalterlichen Teufelsreigen die Sendboten Abrimans zusammenströmen, um von ihren Taten zu berichten, offenbart die ungebundene innere Freiheit Manfreds selbst dem Höchsten der Geister gegenüber. Und zur Erhabenheit steigert sich sein Wesen am Schlusse der Dichtung, da ihn der Abgesandte der Geisterwelt abberufen will, aus dem diesseitigen Leben. Dem Mahner stellt sich Manfred nicht, wenn er auch zu allem bereit ist. Er weiß, daß seine Todesstunde gekommen ist, hat ihm doch Astarte selbst das Ende seines irdischen Leidens angekündigt. Aber ebensowenig, wie die Mahnungen des frommen Abtes zu Buße und Reue ihn schrecken, da er weiß, keine Höllenstrafe kann seiner Selbstbestrafung gleichkommen:

„Keiner Zukunft Marter
Richtet so streng, wie der sich richtet, der
Sich selbst verdammen mußte" —

ebensowenig schrecken ihn die Teufelsboten. Er bietet ihnen Trotz: „ich sterb' wie ich gelebt — allein!" Er weiß zu genau, daß er seine Größe, seine Stärke, sein Wissen keinerlei Vertrag mit dem Bösen verdankt, sondern einzig und allein sich selbst. Er bewahrt bis an sein Lebensende den Trotz des selbstbewußten und selbstverantwortlichen Willensmenschen. Sein letztes Wort ist: „Es ist nicht so schwer zu sterben" und darin sah Byron selbst die ganze Wirkung und Lehre der Dichtung. Auch Manfred ist der Freiheitsheld, den Byron für seine ganze Zeit bedeutet, auch er lebt und stirbt gleich Byrons Promotheus unbezwungen; auch hier tönet die stolze Freiheitsfanfare Byrons:

„Ich geb', auch wenn ich einsam bin,
Mein freies Denken nicht um Kronen hin."

Der tiefe Weltschmerz und der glühende Freiheitsdrang, die stolze Unabhängigkeit und die strengste Selbstverantwortung machen Manfred zum Idealtypus seiner Zeit. Nicht zuletzt dieser Dichtung gedenkt Goethe, wenn er bei dem allzufrühen Heldentode Byrons klagt: „Der schönste Stern des dichterischen Jahrhunderts ist untergegangen, den Hinterlassenen bleibt es Pflicht, sein unauslöschliches Andenken immer frisch in großen und kleinen Kreisen zu erhalten." Dem Landestheater aber ist es zu danken, daß es im Bewußtsein seiner hohen künstlerischen Aufgabe, nach Goethes „Faust" und Grabbes „Faust und Don Juan" uns auch Byrons leidenschaftlich-erhabenes Melodrama, das zwischen Goethes und Grabbes Werk seine innere Stellung findet, den „Manfred" zu neuem Leben erweckt.

Eröffnung der Hochschule für Musik in Köln. Montag vormittag fand im Gürzenach zu **Köln** in Anwesenheit des preußischen Kultusministers die feierliche Eröffnung der Hochschule für Musik statt.

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigeblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger

Organ verschiedener Beamten-Vereinigungen

Nr. 40 — Bezug: Erscheint jeden Mittwoch und kann einzeln für 10 Goldpfennig für jede Ausgabe, monatlich für 60 Goldpfennig zuzüglich Porto vom Verlage Karlsruhe i. B., Karlfriedrichstraße 14, bezogen werden. — 7. Oktober 1925

Aus dem Hauptbeamtenausschuß beim RPM

Gewährung von Vorschüssen zur Beschaffung von Wintervorräten (Heizstoffen usw.). Im letzten Bericht war mitgeteilt worden, daß die **Anträge des Geschäftsführenden Ausschusses** (GA.), auf Gewährung von Vorschüssen zur Beschaffung von Heizstoffen vom RPM. abgelehnt worden waren. Mit Rücksicht auf die außerordentlich schwierige Wirtschaftslage weiter Beamtenkreise konnte sich der GA. mit dem ablehnenden Bescheide nicht ohne weiteres abfinden, sondern machte erneute Versuche, die Bewilligung von Vorschüssen zu dem genannten Zweck zu erwirken. Auch die weiteren wiederholten Bemühungen führten leider nicht zu dem erwarteten Ergebnis. Das RPM. erklärte, daß die schlechte Finanzlage der Deutschen Reichspost die Gewährung von zinslosen Vorschüssen nicht gestatte und im übrigen auch von allen andern Reichsverwaltungen die Bewilligung von Krediten abgelehnt werde. Um der Notlage der Beamten im einzelnen zu steuern, werde von der Reichsregierung erwogen, die Mittel für Unterstützungen zu erhöhen. Der GA. hat nunmehr nochmals den Antrag gestellt, den Postsparvereinen Darlehen gegen niedrige Verzinsung zu gewähren, damit diese in die Lage versetzt werden, den Darlehensgesuchen der Beamten zu entsprechen. Die Angelegenheit ist noch in der Schwebe.

Laufbahnvorschriften für Versorgungsanwärter. Den vom RPM. dem HBA. zur Stellungnahme überwiesenen Vorschriften über die Annahme und Anstellung von Versorgungsanwärtern für den technischen Dienst bei der Deutschen Reichspost wurde mit einer Ausnahme zugestimmt. Diese Ausnahme bezieht sich auf die Eingangsstellen im Heizer- und Maschinenwärterdienst, für die die Besoldungsgruppe II vorgesehen ist. Der GA. lehnte die Gruppe II ab und verlangte die Gruppe III, die allein den Bedürfnissen der Deutschen Reichspost entspreche. Der Vertreter des RPM. wies darauf hin, daß die allgemeinen, für alle Reichsverwaltungen gültigen Vorschriften die Gruppe II als Eingangsgruppe für rein mechanische und einfache Dienstgeschäfte vorsehen und daher eine Änderung nicht möglich sei. Vom GA. wurde demgegenüber betont, daß die allgemeinen Vorschriften noch nicht verabschiedet und deshalb noch nicht maßgebend seien; erst müßten diese festliegen und dann erst könnten die besonderen Anweisungen verabschiedet werden. Um alsbaldige Überweisung der allgemeinen Vorschriften zur Stellungnahme wurde ersucht. Der Referent sagte zu, dem Wunsche zu entsprechen.

Reichspostfinanzgesetz. Die Entschließung des Reichstags, wonach jeder Partei ein Sitz im Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost zugebilligt werden soll, gaben dem GA. Veranlassung zu einer Aussprache über die möglichen Auswirkungen dieses Beschlusses. Ferner wurden Vorgänge erörtert, die auf sachliche Änderungen des Reichspostfinanzgesetzes und damit auf eine Beschränkung der Selbständigkeit der Deutschen Reichspost in haushaltrechtlicher Beziehung abzielen. Die Aussprache hatte das Ergebnis, daß sich die Beamtenvertretung gegen jede Änderung, die eine Schmälerung ihrer Rechte in sich birgt, wenden würde.

Unfallerkrankungen von Beamtinnen. In dem Bericht H Nr. 390 hatten wir Mitteilung von einem Einspruch des HBA. gemacht, der gegen Ausführungen eines bekannten Gutachters über Unfallerkrankungen erhoben worden war. Wenn auch nach dem Ergebnis der Nachprüfung durch das RPM. die Angelegenheit in formaler Hinsicht als erledigt angesehen werden mußte, so gab die sachliche Seite der Frage dem GA. erneut Veranlassung zur Stellungnahme. Hierbei wurde auf die schablonisierende Theorie der Begutachtung von Unfallfolgen durch Schreckwirkungen und die gegenüberstehende soziale Auffassung, die eine individuelle Behandlung von Fall zu Fall verlangt, hingewiesen. Der GA. erkannte zwar an, daß es eine Rentenpsychose gibt, lehnte aber ein schablonenmäßiges Behandeln aller Unfälle ab. Die weitere Verfolgung der Angelegenheit wurde den Organisationen überlassen.

Nachweisungen über Erkrankungen, Kopfstärke des Personals usw. Ein Amtsvorsteherausschuß hatte darüber Klage geführt, daß die Verkehrsämter neuerdings durch die Führung von Nachweisungen über den Personalstand, Erkrankungen usw. stark belastet würden; er beantragte, die Einschränkung derartiger Statistiken herbeizuführen. Der GA. stellte sich nach eingehender Aussprache auf den Standpunkt, daß die angeordneten Nachweisungen für Verwaltung und Personal sehr wertvoll seien; insbesondere treffe dies auf die Statistik über die Art und Zahl der Erkrankungen in den verschiedenen Betriebszweigen zu. Die Anordnungen könnten nicht als eine Einschränkung der Zuständigkeitsordnung angesehen werden. Im übrigen bestehe die Verfügung erst seit kürzerer Zeit, so daß sich ihre Auswirkung noch nicht voll übersehen lasse.

Eine größere Zahl sonstiger Erörterungen und Beschlüsse des GA. bezog sich auf Eingänge, die Einzelfälle zum Gegenstande hatten.

Das Ortskartell Rastatt des Deutschen Beamtenbundes

hatte auf Mittwoch, den 30. September die Reichs-, Landes- und Gemeindebeamten zu einer **öffentlichen Versammlung** im Museum einberufen. Nach einleitenden Worten des 1. Vorsitzenden des Ortskartells, Herrn Stadtbaurat **Weigele**, referierte Herr Dr. **Frantzen**, Geschäftsführer des Bad. Beamtenbundes, über **Beamtenpolitik** und **Beamtenbesoldung**, wobei er zunächst die ablehnende Stellungnahme der Reichsregierung und des Reichstages zu den berechtigten Forderungen der Beamtenschaft auf gehaltliche Besserstellung namentlich der unteren Gruppen einer lebhaften Kritik unterzog und die zum Nachteil der Festbesoldeten und sozial schwächeren Schichten betriebene Steuer- und Wirtschaftspolitik der Reichsregierung gebührend würdigte. Eingehend verbreitete sich der Referent über das Beamtenabbaugesetz und die Forderung der Beamtenschaft auf eine zeitgemäße Neugestaltung des Beamtenrechts und der Schaffung eines Beamtenvertretungsgesetzes. Der Lebenshaltungsindex zeige im Jahre 1925 eine stetig aufwärtsstrebende Tendenz. Hand in Hand damit gehe bei der Beamtenschaft, deren Einkommen immer gleich niedrig gehalten werde und das infolgedessen zu den nötigsten Lebensbedürfnissen nicht mehr hinreiche, eine zunehmende Verschuldung. Die Preisabbauaktion der Reichsregierung habe vollkommen versagt, da mit den bisher angewendeten Methoden Industrie und Handel nicht zu bewegen sei, ihre zu hohen Preisspannungen zu reduzieren und den auf Kosten der Konsumenten bisher immer noch durchgehaltenen übergroßen Apparat abzubauen. Demgegenüber verlangen die Beamtenorganisationen nach wie vor mit aller Entschiedenheit eine unverzügliche ausreichende Erhöhung der Beamtenbesoldung vor allem für die unteren Gruppen und fordern die Beamtenschaft auf, die Organisation in diesen Bestrebungen mit allen Mitteln zu unterstützen. — In der nachfolgenden Aussprache wurde festgestellt, daß u. a. die Fleischpreise in Rastatt höher sind wie in Mannheim und daß überhaupt die Spannung zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreisen auch bei uns in Mittelbaden viel zu hoch sei. — Nachdem noch die Frage der vierteljährlichen Gehaltszahlung und die ablehnende Stellungnahme des Reichsfinanzministers hierzu erörtert worden war, gelangte folgende, den maßgebenden Stellen in Berlin und Karlsruhe zu unterbreitende **Entschließung** einstimmig zur Annahme:

> Die am 30. September 1925 im Museum zu Rastatt versammelten Reichs-, Landes- und Gemeindebeamten stellen in aller Öffentlichkeit fest, daß die Bezüge des größten Teiles der Beamtenschaft seit vielen Monaten nicht zum notdürftigsten Unterhalt mehr hinreichen. Ein weiteres Durchhalten der Beamtenschaft auf dieser dem Stand vom Januar 1924 entsprechenden durchaus unzulänglichen wirtschaftlichen Basis ist einfach unmöglich. Die Beamtenschaft erwartet, daß von allen maßgebenden Stellen die furchtbare Not der Beamten- und Beamtenhinterbliebenenfamilien endlich eingesehen und unverzüglich zu wirksamen Maßnahmen gegriffen wird, um das Elend fühlbar zu mildern und der Beamtenschaft ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein zu sichern. Die Versammlung verlangt weiter, daß die schon vor Jahr und Tag und jetzt seit Monaten erneut wieder betriebene Preisabbauaktion der Reichsregierung entweder durch gründliche reichs- und landesgesetzliche Maßnahmen gestützt und über die Stadtgrenzen von Berlin auf die Provinzen und Länder ausgedehnt oder aber, wenn dies nicht möglich ist, ohne Verzug durch die unumgänglich notwendigen Besoldungserhöhungen ersetzt wird.

Was der Beamte für Familie u. Haushalt benötigt

SINGER NÄHMASCHINEN
Erleichterte Zahlungsbedingungen 479
Ersatzteile - Nadeln - Oel - Garn - Reparaturen
SINGER CO. Nähmaschinen Act-Ges. — KARLSRUHE Kaiserstr. 124

Karlsruher Lebensversicherungsbank A.-G.
Versicherungsbestand Herbst 1925: Mehr als 250 Millionen Mark
382

TRAUER-HÜTE in größter Auswahl bei 476
L. PH. WILHELM
Anruf 1609 KARLSRUHE Kaiserstr. 205

Gute Verdienstmöglichkeit!
Wir suchen in allen Plätzen Mitarbeiter für den Verkauf unserer
Cigarren, Cigaretten, Rauchtabake — **Sommer & Co.** Bremen, Postfach 623.
Kaffee, Tee u. Cacao — **Gebr. Westhoff** Bremen, Postfach 663.
Fordern Sie unsere sehr günstigen Vertreterbedingungen ein!

Nur noch Philippstr. 19
(Keinen Laden mehr)
ist das seit 25 Jahren bestehende
Möbel- u. Betten-Haus Heinrich Karrer
Straßenbahnlinie 1 und 2
Eigene Schreinerei und Polsterwerkstätte
Kein Laden — daher billige Preise
Große Auswahl in Qualitätsmöbel aller Art
Zahlungs-Erleichterung
Bitte genau auf die Firma zu achten
Karlsruhe - Mühlburg
468

Umformen von Damen- und Herren-Hüten
nach den neuesten Modellen für Herbst und Winter
Hut-Reparaturgeschäft **G. Burlefinger,** vorm. Dickten
Westendstraße 29b KARLSRUHE Telefon 850

Kunsthandlung MOOS — Wandschmuck für jeden Geschmack in reichster Auswahl
KAISERSTR. Nr. 187 TELEPHON Nr. 994 — Eigene Werkstätte für Einrahmungen 406

Möbel — Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Küchen, einzelne Möbelstücke CA.389
in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus
Maier Weinheimer
Karlsruhe — Zahlungserleichterung. Kronenstr. 32
Kein Laden, daher billigste Preise

Das **Tapeten-Haus** von **Rieger & Matthes Nchf.**
Kaiserstraße 186 KARLSRUHE Fernruf 1783
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in den neuesten Mustern
Spezialität: **Stil- und Künstler-Tapeten**
Muster stehen gerne zur Verfügung 477

Bezugsquellen für den Bedarf der Behörden

Stempel-Herdle
Waldstr. 44 KARLSRUHE Telefon 1133
Kautschuk-, Metall- und Signier-Stempel, Email- u. Metallschilder
Sämtliche Stempelutensilien CA474
Rascheste Lieferung
Laden: Kaiser-Allee 41. Telefon 3981

G. BRAUN GMBH KARLSRUHE
vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
Karlfriedrichstraße 14
Herstellung von Druckarbeiten für staatliche und städtische Behörden

GEBRÜDER BACHERT
KARLSRUHE i. B.
Liststr. 5 Tel. 443 CA472
Glocken- und Metallgiesserei
Eisen- und Tempergiesserei

Druck G. Braun, Karlsruhe.